



## Gemeinsame Erklärung der AfD-Fraktionen im Rheingau-Taunus, im Main-Taunus und in Wiesbaden zur Biosphärenregion

### *Brauchen wir die Biosphärenregion?*

Unter der Ägide der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Die Grünen) wird derzeit ein umweltpolitisches Projekt vorangetrieben, das vielen Bürgern in den betroffenen Kommunen Rätsel aufgibt: die *Biosphärenregion*. Trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit ist es dem Umweltministerium bis heute nicht gelungen, den Gemeinden den konkreten Nutzen einer solchen *Region* im westlichen Rhein-Main-Gebiet zu vermitteln. Auch die Veröffentlichung einer Machbarkeitsstudie im vergangenen Herbst hat daran nichts geändert. Nichtsdestotrotz sollen die drei zuständigen kommunalen Parlamente in Kürze darüber entscheiden, ob das Land Hessen im Jahr 2021 bei der *Unesco* einen Antrag auf Anerkennung des kommunalen Verbundes als *Biosphärenregion* stellen soll.

Die fachpolitischen Sprecher der drei AfD-Fraktionen, deren Votum bald gefragt ist, haben sich des Themas gemeinsam angenommen - und sind dabei zu folgenden Schlüssen gekommen:

#### **1. Die Biosphärenregion wird keine Kommunikationsplattform auf „freiwilliger Basis“ sein.**

Die Erfahrungen der Kommunen im *Biosphärenreservat Rhön* zeigen, dass die Biosphärenregion mitnichten nur eine „Plattform zur besseren Vernetzung von Akteuren“ wäre, wie es die Machbarkeitsstudie darstellt. In der alltäglichen Praxis hat sich gezeigt, dass mit der Schaffung einer *Biosphärenregion* auch eine Verlagerung von politischen Entscheidungskompetenzen einhergeht. Kommunale Eingriffe in den Naturraum – im Rahmen des Straßenbaus, der Verkehrssicherungspflicht, der Land-

und Forstwirtschaft – müssen in einer *Biosphärenregion* gegenüber einer weiteren Instanz gerechtfertigt und von ihr „genehmigt“ werden. Wie Erfahrungen im *Biosphärenreservat Wattenmeer* zeigen, treten die neu geschaffenen Verwaltungen dabei durchaus als politische „Akteure“ mit Macht- und Gestaltungsanspruch auf. Allein: unsere Region braucht nicht mehr, sondern weniger Bürokratie!

## **2. Die *Biosphärenregion* als Naturschutzgebiet ist redundant.**

Unsere Region ist bereits heute durchwirkt mit Naturschutzzonen wie den *Flora-Fauna-Habitaten (FFH)*, den *Naturschutzgebieten (NSG)* und den *Landschaftsschutzgebieten (LSG)*; auch die als „Kernzonen“ geplanten urwaldartigen Rückzugs- und Schutzräume für Tiere und Pflanzen existieren bereits in ähnlicher Form. Der ökologische Mehrwert einer Biosphärenregion – er wäre minimal!

## **3. Die *Biosphärenregion* als Wirtschaftsmotor? Im Gegenteil!**

Es ist nicht nachvollziehbar, wieso von der *Biosphärenregion* neue Impulse für die Wirtschaft und den Tourismus in der Region ausgehen sollten. Unsere Kommunen zählen bereits zu den wirtschaftsstärksten des gesamten Landes. Sie sind beliebte Destinationen für Touristen aus aller Welt sowie „Naherholungsgebiet“ für die Bevölkerung des gesamten Rhein-Main-Gebiets.

Für Forst- und Landwirte besteht hingegen Grund zu der Annahme, dass sich die Einrichtung der *Biosphärenregion* mittel- bis langfristig negativ auf ihre Betriebe auswirken wird. Das Ausbringen von Dünger und Pestiziden wäre bspw. in den *Pflegezonen* noch stärker reglementiert als bisher. Wessen Betrieb aber in einer *Pflegezone* liegt oder nicht, ist nicht in Stein gemeißelt: die Zonierung kann und wird immer wieder geändert werden. Für die Betriebe ergäben sich also große betriebswirtschaftliche Unsicherheiten. Das können und wollen wir den Bauern und Forstwirten nicht zumuten!

## **4. Niemand möchte sagen, was das Ganze am Ende kostet.**

Die Umweltministerin wirbt damit, dass eine *Biosphärenregion* die drei Kommunen nichts „kosten“ würde: die Finanzierung der Verwaltung würde aus Landesmitteln erfolgen. So erklärt sich auch, dass das Land es bisher nicht für nötig erachtet hat, die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung einer Biosphärenregion klar und transparent zu beziffern. Nicht zuletzt deshalb können wir das Projekt nicht mittragen. Auch „Landesmittel“ sind öffentliche Gelder, die anteilig auch von Bürgern unserer Kommunen bereitgestellt werden.

## 5. Last but not least:

Wir hegen den Verdacht, dass die Biosphärenregion vor allem als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ konzipiert ist. Aus diesem Grund dürfte es auch nicht bei der anfänglich kleinen Zahl an Mitarbeitern in der neu einzurichtenden Verwaltung bleiben. Man wird Gründe finden für die Schaffung immer weiterer gut bezahlter Verwaltungsstellen.

Aus den genannten Gründen werden wir, die umweltpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen im Rheingau-Taunus-Kreis, in Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis das Projekt *Biosphärenregion* in allen parlamentarischen Gremien ablehnen.

---

Klaus Gagel

Rheingau-Taunus-Kreis

---

Dr. Klaus-Dieter Lork

Wiesbaden

---

Jonas Pradt

Main-Taunus-Kreis

